

Das Heilmittel der demokratischen Krise ist mehr Demokratie

Über die Vitalität demokratischer Alltagskultur

Thomas Röbbke

Lebenswelt und Öffentlichkeit

Demokratie, schreibt der amerikanische Philosoph John Dewey, ist mehr als ein Regierungssystem. Sie ist eine weit über den Staat hinausreichende »soziale Idee«, die die gesamte Gesellschaft durchdringt. Regierungseinrichtungen sind weiter nichts als Mechanismen, die dieser Idee Kanäle für effektvolles Wirken bereitstellen (Dewey: 125).

So sollte es wohl sein, aber so scheint es nicht zu laufen, das spürte schon Dewey, als er zwei Jahre vor der Weltwirtschaftskrise von 1929 die bedenklichen Entwicklungen einer von der Ökonomie getriebenen Massengesellschaft den Idealen der amerikanischen Gründerväter gegenüberstellte. Die Kanäle, durch die die Ideen der Demokratie fließen sollten, waren verengt. Dewey sinniert hellseherisch über den heraufziehenden Autoritarismus eines sich von der Gesellschaft entfremdenden Staatswesens. Zudem schien sich auch nicht mehr besonders viel gesellschaftliches Ideenwasser den Weg durch die staatlichen Kanäle zu bahnen. Viele Menschen waren vor allem der Wandlung der demokratisch gewählten Vertretung zur mächtigen Kaste müde. Politische Apathie machte sich breit, so dass Dewey schon einen bedrohlichen Verwesungsgeruch in diesem politischen Kanalsystem wahrnahm.

In der Weimarer Republik bot sich zeitgleich ein ähnliches Bild und der Ausgang in Deutschland war, wie wir wissen, ungleich katastrophaler als in Deweys Heimat.

Die heutige Berliner Republik ist mit Weimarer Verhältnissen sicher nicht zu vergleichen. Sie ist weitaus stabiler, gerade weil sie auf einer fest in der Lebenswelt verankerten Alltagsdemokratie aufbauen kann. In der Tat hat sich das Zusammenleben der Menschen über die letzten Jahrzehnte immer »demokratischer« gestaltet. Die Familien sind nicht mehr von unumschränkten Patriarchen beherrscht, die die Geschicke derer bestimmen, die die »Füße unter ihren Tisch« stellen. Die Beziehung zwischen den Geschlechtern ist nicht mehr durch männliche Ansage und weibliche Duldung geprägt. In den Unternehmen ist die Mitbestimmung der Belegschaft gesetzlich verankert. Bildungseinrichtungen räumen Schülerschaft und Eltern Beteiligungsmöglichkeiten ein. Ich will damit nicht behaupten, es gäbe keine rückständigen Verhaltensweisen, alles sei auf Augenhöhe und demokratisches Verhandeln überall selbstverständlich. Dennoch ist dieser zivilisatorische Fortschritt unübersehbar und über einen längeren Zeitraum stabil.

Und doch ist man, wie die Geschichte lehrt, nie vor Regressionen sicher. Die letzte Bundestagswahl hat Entwicklungen vollends sichtbar gemacht, die sensible politische Beobachter/innen schon seit Jahren wahrnehmen: Am rechten Rand des Parteienspektrums entstehen stabile nationalkonservative, rechtspopulistische bis rechtsextreme Strömungen, die es verstehen, aus dem vorhandenen Unmut über das etablierte politische System Gewinne zu ziehen. Der allgemeine Konsens der Bundesrepublik, der durch stabile Volksparteien gesichert schien, zerbröckelt unübersehbar. Verglichen mit europäi-

schen Nachbarn mag das harmlos erscheinen, wenn sich dort große und traditionsreiche politische Blöcke über Nacht in Nichts auflösen und an ihre Stelle Bewegungen treten oder autoritäre Führungspersonen die eingespielten Prozesse der Demokratie aushebeln.

Dies sind keine Ausrutscher. Die Krise der politischen Parteien und der jüngsten Versuche der Regierungsbildung in Deutschland spiegeln tiefgehende Verschiebungen in der Gesellschaft wider. Hierzu zählen die schon von Dewey aufgezeigten Krisenerscheinungen: Die Dominanz der Ökonomie, die im internationalen Maßstab agiert, zuletzt sinnfältig in der Bankenkrise mitsamt den teuren staatlichen Rettungsversuchen 2008; ein Gefühl des Identitätsverlustes durch forcierte Globalisierung und Zuwanderung; die dämmernde Erkenntnis, dass unser gewohnter Lebensstil nicht nachhaltig ist; die Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit usw.: All dies scheint Demokratie zu gefährden.

Dewey meint: Das beste Heilmittel gegen die Krise der Demokratie sei mehr Demokratie (Dewey: 127). In dieser Überzeugung möchte ich die folgenden Betrachtungen verstehen. Sie folgen zwei Perspektiven: Einer makropolitischen Sicht, die versucht, die Verknüpfung der unterschiedlichen demokratischen Räume und Handlungslogiken aufzuzeigen, ihre Gefährdungen der gegenseitigen Entfremdung, ja Abschottung darzustellen. Ich werde mich dabei besonders der Frage widmen, wie das gesellschaftliche und politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger zur Vitalisierung unseres demokratischen Staatswesens beitragen kann, wenn man es als eigentliche Quelle der Demokratie ernst nehmen würde. Ich orientiere mich dabei am von Jürgen Habermas entwickelten Konzept der deliberativen Demokratie.

Zum anderen geht es um eine mikropolitische Sicht, die an einer exemplarischen Initiative, einem gemeinschaftlichen, generationenübergreifenden Bauprojekt, aufzeigt, wie aus Alltagssolidarität und Gemeinschaftsbildung vielfältige politische Impulse hervorgehen können. Diese Scharnierfunktion zwischen privaten Angelegenheiten und Räumen der Öffentlichkeit, zwischen bürgerschaftlichem und politischem Engagement verdient meines Erachtens eine besondere Aufmerksamkeit im Sinne der Aufforderung Deweys, auf mehr Demokratie zu setzen. Aber ihre politische Bedeutung wird noch zu wenig wahrgenommen. Es geht um einen Typ von gesellschaftlichen Reallaboren und Spielräumen, von sozialen und kulturellen Werkstätten, die für die Vitalisierung der Demokratie eine entscheidende Rolle spielen könnten.

Beide Perspektiven steuern auf einen gemeinsamen Fluchtpunkt zu: Es geht um das Gelenkstück, das die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen mit dem politischen Raum der Öffentlichkeit verbindet: Makropolitisch werde ich versuchen, diesen Ort im komplexen Getriebe in seiner besonderen Lage und Funktion zu bestimmen. Mikropolitisch will ich die Besonderheit der Arrangements und Kontexte aufzeigen, die diese Orte je nach lokalen Traditionen und den Interessen der Handelnden immer wieder anders ausgestaltet. Und doch haben sie eines gemeinsam: Es sind Orte, die sich nicht als politische One-Issue-Kampagnen verstehen, sondern als Foren, auf denen sich Politik artikuliert und verschiedene, auch widersprüchliche Interessen und Handlungen miteinander verknüpft werden. In vertikaler Richtung: zwischen Lebenswelt und den politischen Entscheidungsgremien, die sie kritisch beeinflussen wollen. Horizontal: Zwischen verschiedenen Ansprüchen der Bürgerschaft, die sich nicht mehr singular gegenüberstehen, sondern den gemeinsamen Diskurs und die gemeinsame Lernerfahrungen suchen.

Lebenswelt – Assoziationen – Öffentlichkeit

Gilles Deleuze und Felix Guattari unterscheiden in ihrem Hauptwerk »Mille Plateaus« zwei Sichten auf die Gesellschaft: eine *molekulare*, die die direkten Beziehungen der Menschen und die sie unmittelbar umgebenden lebensweltlichen Gemeinschaften und Institutionen wie Schulen, Vereine, Nachbarschaften umfasst. Und eine *molare*, die etwa Großinstitutionen und gesellschaftliche Bewegungen bezeichnet, die um die Zentren des Staates und der Ökonomie gruppiert sind. Beide Ebenen differieren zunächst nach Maßstab und Ausmaß (Deleuze/Guattari 1992: 295), aber sie bilden auch unterschiedliche Bezugssysteme aus.

So orientiert sich beispielsweise die molare Ebene am Bezugssystem Recht und Staat, während molekulare Einheiten sich stärker an kulturellen Routinen, der Alltagserfahrung, lokalen Traditionen und Gebräuchen ausrichten. Beide stehen in einem Verhältnis der »Konnexion«. Sie sind aufeinander angewiesen, durchdringen einander auf eine osmotische Weise und sind doch in ihren »Funktionslogiken« voneinander getrennt. Sie können sich wechselseitig beeinflussen, gar gegenseitig befeuern. Oder sie stehen im Verhältnis der »Konjugation«, d.h. sie schwimmen entweder in einer spannungslosen Entropie oder stehen nebeneinander, als hätten sie nichts miteinander zu tun, wobei diese Entfernung voneinander nie von Anfang an gegeben ist, sondern aus politischen Segmentierungsprozessen hervorgeht.

Die molare Ebene dringt beispielsweise auf dem Weg der Rechtssetzung oder ökonomischer Imperative in die Verkehrsformen der molekularen Ebene ein. Menschen werden etwa in der Logik der Ökonomie als Konsumenten, Marktteilnehmer oder nützliche Arbeitskräfte und Personalressourcen eingeordnet. Habermas würde von der Kolonialisierung der Lebenswelt sprechen. Umgekehrt ist die Legitimität der molaren Institutionen auch an ihre Verankerung in einem molekularen Mikrokosmos gebunden, zum Beispiel in der Rolle der Bürgerschaft, die ihre Vertretung wählt.

Insofern sind die bewussten politischen Strategien, die sich auf die molekulare und molare Ebene beziehen (Deleuze/Guattari 1992: 281-316), unterschiedlich. Deleuze und Guattari nennen sie Mikro- und Makropolitik. Mikro- und Makropolitik entsprechen zunächst den beiden Ebenen. Eine Kampagne für ein neues Gesetzesvorhaben wird man makropolitisch nennen, eine Initiative gegen eine örtliche Umgehungsstraße hingegen mikropolitisch. Aber man sieht daran schon, wie sich die politischen Strategien überkreuzen: Ein Gesetz wird vielleicht geändert, weil viele mikropolitische Initiativen eine kritische molare Masse bilden, die dies dann makropolitisch erzwingen kann. Eine mikropolitische Initiative gegen eine Umgehungsstraße hingegen führt ihren Widerstand gegen makropolitische Vorgaben eines Verkehrswegeplans ins Feld. In dieser Überkreuzung kann es auch zu unbeabsichtigten Handlungsfolgen kommen. So verband sich beispielsweise ein Ereignis wie der Mai 1968 in Frankreich mit der Hoffnung auf eine revolutionäre Veränderung der molaren Ebene, womit er scheiterte. Viel mehr Wirkung erzielte die soziale Bewegung auf der molekularen Ebene, weil sie beispielsweise zu einer massiven Veränderung der Geschlechterverhältnisse oder Erziehungsstile im Alltag beitrug.

In Bezug auf Fragen des Aufbaus demokratischer Einrichtungen kann man die Unterscheidungen und Überschneidungen des Molaren und Molekularen am besten aufzeigen, wenn man sich zu ihren An-

fängen zurückbegibt. Thomas Paine hat 1776 in seinem für den Verlauf der amerikanischen Revolution so einflussreichen Pamphlet »Common Sense« eine knappe Darstellung gegeben.

Er beginnt mit einer fast schon harschen Entgegensetzung von Gesellschaft und Regierung. In der Gesellschaft gehe es um unsere Bedürfnisse (wants), in der Regierung drehe sich das Wesentliche um unsere Schlechtigkeit (wickedness). Gesellschaft will positiv ein Band der Zuneigung und Gemeinschaft erzeugen. Der Staat soll uns negativ davon abhalten, nur unseren eigensinnigen Privatinteressen oder gar unseren Lastern zu folgen und andere damit einzuengen oder beherrschen zu wollen.

Dennoch geht, und das ist der zweite Ansatz von Paine, in einem guten demokratischen Staatswesen die Regierung aus den lokalen Gemeinschaften hervor. Das beschreibt er im Blick auf die frühe amerikanische Geschichte, deren politischer Zeuge er ist: Zunächst siedeln sich kleine Gemeinschaften an, in denen sich alle Mitglieder persönlich kennen. Sie organisieren ihr Zusammenleben nach Tradition, Anstand und Sitte. Sobald diese verstreuten Kolonien größer werden und in Kontakt miteinander treten, müssen übergeordnete und abstraktere Regeln definiert werden, die von jeweiligen Vertretungen der einzelnen Gemeinschaften auszuhandeln sind. Wenn Interessen aufeinanderprallen, wird eine allgemeine Rechtssetzung jenseits der lokalen Traditionen unumgänglich, um den Frieden zu erhalten. Die Vertretungen müssen in steter Rückkopplung mit den lokalen Gemeinschaften stehen, die sie repräsentieren. Aber Paine hat die Gefahr der Entfremdung der beiden Seiten schon deutlich vor Augen. In einer Demokratie ist eine Abwahl der Regierung durch die Bürgerschaft möglich, wenn die Entfernung der Regierenden zu groß wird. Im schlimmsten Fall, den Paine gegeben sieht, wenn ein nicht von den Gemeinschaften legitimierter englischer König die Regierung bestimmen will, ist in seinen Augen auch ein Aufstand gerechtfertigt.

Durch diese beiden Grundlinien – die Linie des politischen Aufbaus von unten nach oben und einer komplementären funktionalen Entgegensetzung, Kontrolle und Kritik von Gesellschaft und Staat – entwickelt sich ein demokratischer Raum der Verhandlung der widerstreitenden Interessen und der gemeinsamen Politikformulierung, den wir Öffentlichkeit nennen. Sie bündelt die Ansprüche der Lebenswelt und der auf ihr aufbauenden Organisationen der Zivilgesellschaft als Grundlage für die politische Gestaltung durch Regierung und Staat. Zugleich ist sie eine Art Wächter gegenüber staatlichem Handeln. Sie ist das Forum, auf dem die unterschiedlichen Bedürfnisse der »Lebenswelt« (Habermas 1992) ihre über die Lebenswelt hinausragenden Ansprüche anmelden, aber auch mit widerstreitenden Interessen abstimmen müssen. Öffentlichkeit bietet dem demokratischen Diskurs eine Bühne. Darüber hinaus ist sie ein Raum, in dem sich Kritik gegenüber einer Regierung äußert. Sie übt Kontrolle aus. Aus diesem widersprüchlichen Ineinander von konstruktivem Aufbau und Gegenstromprinzip geht die Notwendigkeit einer ständigen Austarierung der Funktionen der Öffentlichkeit, der checks and balances hervor, die Demokratie gleichsam immer wieder durch die Bündelung von Meinungen und Interessen, aber auch durch Störungen und Reibungen am Laufen hält.

Bei dieser mehrfachen Codierung des öffentlichen Raums kann es nicht nur um die je geschicktere Durchsetzung der Eigeninteressen gehen. Dann würde es ja nur auf die pure Macht der Stärkeren hinauslaufen. Das würde letztlich zu Korruption, aber nicht Demokratie führen. Man muss die Bereitschaft haben, voneinander zu lernen. Öffentlichkeit ist nicht nur ein Diskurs, sondern – das herausgearbeitet zu haben ist ein Verdienst Deweys – auch ein Erfahrungsraum, in dem es um die Anerkennung der

legitimen Ansprüche anderer, um die Relativierung der eigenen Interessen, um die Suche nach gemeinsamen Lösungen gehen sollte. Im Idealfall, so Dewey, gehen Gesellschaft und Öffentlichkeit harmonisch ineinander über, alle werden bereichert. Voraussetzung dafür ist, dass sich in den der Öffentlichkeit vorgelagerten Lebenswelten schon ein dichtes Netzwerk von gemeinschaftlichen Assoziationen bildet, die sich am Gemeinwohl und nicht an reinen Privatinteressen ausrichten. (Dewey:133 ff.). Dann entwickeln sich aus den Gemeinschaften Energien, die in der Öffentlichkeit politische Bedeutung erhalten. Die beiden Räume des Gemeinschaftlichen (common) und des Öffentlichen (public) verstärken sich gegenseitig.

Natürlich ist das, was Dewey beschreibt, ein Idealzustand, aber man sollte diesen Entwurf als eine heuristische Orientierung und normative Aufforderung ernst nehmen, die Realität besser zu erkennen und besser zu machen. (Peters 2007: 68 ff.)

Bleiben wir noch beim Ideal der Öffentlichkeit und versuchen, die Bedingungen zu benennen, unter denen es wahr werden könnte. Bernhard Peters und Axel Honneth (Honneth: 539) haben mit etwas unterschiedlichen Begriffen folgende Kriterien benannt. Es geht darum, dass

- Beteiligung an der Öffentlichkeit für alle möglich ist und keine Barrieren, etwa durch soziale Ungleichheit, bestehen, die Gruppen oder Klassen von der Öffentlichkeit ausschließen;
- Rede- und Meinungsfreiheit garantiert ist;
- alle Teilnehmenden auch die prinzipiell gleiche Chancen haben, sich in den Diskurs einzubringen;
- eine verlässliche Informationsbasis vorhanden ist, die, z.B. durch vielfältige Medien, eine sachgerechte Beurteilung der Tatbestände garantieren kann, um eine unabhängige Meinungsbildung zu ermöglichen;
- öffentliche Vorschläge von den Regierenden qualifiziert wahrgenommen und bewertet werden und ihre Entscheidungen beeinflussen können.

Schließlich kommt eine fünfte Bedingung hinzu, und diese betrifft vor allem das vorhandene bürgerschaftliche Engagement, das einzusetzen ist, um Demokratie am Laufen zu halten. Es muss eine breite Bereitschaft der Zivilgesellschaft geben, private Ziele hinter die Verfolgung des Gemeinwohls zurückzustellen (Honneth: 545). Nur so kann der öffentliche Diskurs gelingen. Jede Öffentlichkeit muss schon auf vorher bestehenden Bindungskräften staatsbürgerlicher Solidarität aufbauen können. Und sie setzt die Übernahme von zivilen, unbezahlten Dienstleistungen voraus, um Öffentlichkeit, etwa in Form von Veranstaltungen, zu ermöglichen.

Diese institutionellen Voraussetzungen einer demokratischen Öffentlichkeit sind auf zivile Tugenden angewiesen, das macht vor allem die letztgenannte Bedingung deutlich. Der kanadische Philosoph Charles Taylor sieht vor allem drei persönliche Haltungen als Garanten der Demokratie:

- Die erste benennt er mit dem sehr altmodischen Wort »Patriotismus«. Taylor bezieht sich damit nicht auf die nationale Einfärbung, die der Begriff im 19. Jahrhunderts erfahren hat, sondern auf die Bedeutung, die er in der politischen Theorie des 18. Jahrhunderts innehatte. Dort konkurrierten

zwei Modelle des demokratischen Gesellschaftsaufbaus, die Taylor als L-Strang bzw. M-Strang bezeichnet. L steht für den Philosophen John Locke, für den sich der Staat, grob gesagt, auf den Einzelinteressen der Individuen, die zugleich Privateigentümer sind, aufbaut. Die Regierung ist gleichsam die Treuhänderschaft dieser Privatinteressen (Taylor 2002b: 78). Der M-Strang hingegen, benannt nach dem französischen Philosophen Montesquieu, bringt zusätzlich einen Raum gemeinschaftlicher Assoziationen ins Spiel, der zwischen Privatinteressen und Regierung vermittelt. Dieser Raum ist getragen von einer staatsbürgerlichen oder zivilgesellschaftlichen *vertú*, einer Hingabe an das öffentliche Wohl. Dieser Patriotismus weiß, dass die Garantie der eigenen Freiheit nur gegeben sein kann, wenn man sich auch für die Freiheit der anderen einsetzt. Autonomie und Bindung sind nicht entgegengesetzt, sondern aufeinander angewiesen. Das Freiheitsgefühl verbindet sich mit einem Solidaritätsgefühl. (Taylor 2002a: 22)

- Die zweite Haltung ist der Wille zur »Partizipation«. Demokratie lebt von der aktiven Teilnahme am Gemeinwesen. Die Bürgerschaft will im Sinne der Selbstregierung politisch Einfluss nehmen. Aber für Taylor – wie übrigens auch für Habermas Konzept der deliberativen Demokratie – ist wesentlich, dass zwischen Entscheidung und Beeinflussung zu unterscheiden ist. Eine Demokratie muss auf zwei Beinen stehen (Taylor 2002a: 24). Sie benötigt eine Zentralgewalt, die von einer Wählerschaft legitimiert wird. Davon abzusetzen ist die Bestrebung, politischen Einfluss auf diese Entscheidungen, zum Beispiel als Lobbyverband oder soziale Bewegung, zu nehmen. Eine Gesellschaft funktioniert umso besser, wenn Partizipation auf abgestuften Ebenen des Lokalen bis hin zur Zentralgewalt wirksam werden kann. Dann wird der Erfolg ihrer Beeinflussung spürbar, und motiviert wieder zu weiteren Anstrengungen der Beteiligung.
- Die dritte Haltung ist der gegenseitige »Respekt«, vor allem gegenüber den unterschiedlichen Interessen anderer, die diese etwa aus kulturellen Lebenslagen, sozialen Unterschieden oder Geschlechterdifferenzen heraus verfolgen. Ohne diesen Respekt würde nach Taylor unverständlich bleiben, warum man die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Der Sozialstaat ist in politischer Hinsicht Garant dafür, dass dieser gegenseitige Respekt auch auf Augenhöhe gegeben ist, indem er Unterschiede der Bildung oder der Ressourcen auszugleichen versucht.

Fliehkräfte demokratischer Politik

Wir haben nun die Arenen, die objektiven Bedingungen und subjektiven Haltungen einer gut funktionierenden Öffentlichkeit beschrieben.

Natürlich entwickelte sich seit den Zeiten der amerikanischen Revolution vieles weiter, es bildeten sich voneinander isolierte Teilöffentlichkeiten (Peters 2007; Negt/Kluge 1972), ihre Verbindungen haben sich verästelt, die Techniken und Möglichkeiten der Bereitstellung von Informationen sind vielfältiger und schneller geworden. Aber das diesen komplexeren Strukturen zugrundeliegende Funktionsmuster ist weiterhin erkennbar.

Jürgen Habermas hat mit seinem Konzept der deliberativen Demokratie das demokratische Potenzial unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften neu zu fassen versucht. Schon innerhalb der Le-

benswelt findet eine kommunikative Verständigung und Organisation unmittelbarer Bedürfnisse und Ansprüche statt. Habermas nennt das rationalisierte Lebenswelt. Menschen bilden Vereine und Interessensverbände, die ihre Anliegen in die demokratische Öffentlichkeit hinein tragen.

Habermas unterscheidet dabei drei unterschiedliche Kanäle (Habermas 1992: 349-467), wie sich diese Assoziationen ihren Weg in die Arenen der politischen Öffentlichkeit bahnen:

- Zunächst geht es um politische Körperschaften, die grundgesetzlich verankert sind. Parteien wachsen aus besonderen Milieus oder Interessenkonstellationen. Sie haben aber eine darüber hinausgehende Funktion, da sie an der lebensweltlichen Basis und in der Öffentlichkeit zur politischen Willensbildung (Artikel 21 GG) beitragen sollen. Wenn sie an einer gewählten Regierung beteiligt sind, können sie nicht nur mehr ihre Sonderinteressen verfechten, sondern sollen zum Wohle aller regieren. Dazu muss aus ihren Reihen auch geeignetes Personal rekrutiert werden können. Dieser Zweig der Öffentlichkeit ist insofern herausgehoben, als er durch Wahlen legitimiert ist, Entscheidungen zu treffen.
- Zum zweiten gibt es die Lobby von oft traditionsreichen Organisationen, die bestimmte gesellschaftliche Funktionen oder Subsysteme repräsentieren und für ihre Interessen im öffentlichen Raum und auf staatlicher Ebene um Einfluss werben. Dazu gehören öffentliche Körperschaften wie Religionsgemeinschaften oder Kammern, aber auch Verbände, die nur ein bestimmtes Ziel verfolgen.
- Schließlich können aus der Selbstorganisation der Lebenswelten politische Initiativen und Bewegungen hervorgehen, die Anliegen vertreten, von denen ihre Protagonisten der Meinung sind, dass sie weder in den Parteien noch im Lobbyismus angemessene Berücksichtigung finden. Diese aus einer »vitalen Bürgergesellschaft« (Habermas 1992: 449) hervorgehenden Impulse kämpfen um Einfluss, zum Teil mit Mitteln des Protests, der bis zum zivilen Ungehorsam reichen kann. Sie bringen im besten Falle belebenden Schwung für die Demokratie, gleichsam durch konstruktive Störung. Im schlechtesten Fall können »populistische Bewegungen entstehen, die verhärtete Traditionsbestände einer von kapitalistischer Modernisierung gefährdeten Lebenswelt blind verteidigen. Diese sind in den Formen ihrer Mobilisierung ebenso modern wie in Ihren Zielsetzungen antidemokratisch.« (Habermas 1992: 449)

Mit diesem Argument zeigt Habermas auf wesentliche Gefahren der Demokratie, die gleichsam dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Demokratisch zu handeln ist letztlich immer mit dem Versuch verbunden, aus den Grenzen und Vorurteilen der Subsysteme oder unreflektierter Lebenswelten herauszufinden und für eine kommunikative Verständigung zu sorgen. Entscheidungen sollen getroffen werden, die die Interessen einer wie auch immer segmentierten Bürgerschaft noch berücksichtigen. Habermas spricht von der Gefahr des Steuerungstrilemmas politischen Handelns, die gegeben ist, wenn die Regelungskompetenz versagt, weil sich eine Entscheidung als wirkungslos herausstellt oder als Fehlsteuerung eine andere als die beabsichtigte Wirkung hat oder zu einer Selbstdestruktion führt, weil die rechtlichen Grundlagen, auf die sie sich eigentlich beziehen müsste, untergraben werden. Und er spricht von einem legitimatorischen Dilemma, wenn sich politische Macht in ihren Entscheidungen immer mehr von der zivilgesellschaftlichen Basis entfernt und dann umgekehrt Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit an

Einfluss durch eine selbstherrliche Politik verlieren. Eben dann entsteht auf Seiten der Zivilgesellschaft das, was Dewey Apathie genannt hat. (Habermas 1992: 466 f.)

Steuerungsschwäche und legitimatorisches Dilemma können sich in einem vitiösen Zirkel gegenseitig verstärken und zu großen politischen Krisen führen. Fehlsteuerung führt zu Legitimationsverlusten, die wiederum zu einer stärkeren Abgehobenheit der politischen Entscheidungsgremien beiträgt usw.

Manche politische Beobachtungen nähren die Angst, dass wir an diesem historischen Punkt angelangt sein könnten. Was sind die Gründe, die zu dieser Annahme führen? Bezogen auf die drei demokratischen Kanäle, die Habermas beschreibt kann man feststellen:

- Die politischen Parteien verlieren seit Jahren Anhängerschaft. Die Mitgliederzahlen der SPD haben sich seit Ende der 1970er Jahre, als sie einmal über eine Million Mitglieder zählte, mehr als halbiert. Die Unionsparteien hatten Ihren Höhepunkt zu Beginn der Regierung Kohl Anfang der 1980er Jahre mit über 900.000 Mitgliedern und liegen nun bei 575.000 Mitgliedern. Diese Ausdünnung bedeutet auch einen schleichenden Rückzug aus der Zivilgesellschaft. Der grundgesetzliche Auftrag der politischen Willensbildung kann immer weniger übernommen werden, aber auch die Frage, ob sich genügend geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter finden lassen, stellt sich immer dringlicher.
- Finanzstarke Lobbyisten konnten durch die neoliberal gewollte und über Jahrzehnte durchgesetzte Schwächung des Staates (Eppler 2005) immer mehr Einfluss auf Politik gewinnen. Colin Crouch spricht schon von einer »Postdemokratie«. Diesen Gruppierungen geht es nicht vordringlich um das Gemeinwohl, sondern vor allem um die Berücksichtigung eigener ökonomischer Interessen. Demokratische Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerschaft werden zugunsten von Kommerzialisierung und Kommodifizierung zurückgedrängt (Crouch 2008: 107). Dieses Ungleichgewicht macht politische Entscheidungen immer mehr zur exklusiven Angelegenheit geschlossener Eliten (Crouch 2008: 133). Durch die Zersplitterung der Zivilgesellschaft in viele kleine NGOs kann keine ausgleichende bürgerschaftliche Gegenmacht entstehen. In der Folge des damit verbundenen Ohnmachtsgefühls wenden sich engagierte Bürgerinnen und Bürger vom politischen Geschehen ab.
- Schließlich haben die neuen sozialen Bewegungen, die in den 1970er Jahren politische Aufmerksamkeit auf sich zogen, an Kraft verloren. Folgt man historischen Untersuchungen (Reichardt 2014) trugen diese Bewegungen eine breite Themenvielfalt in die politische Öffentlichkeit, von der Legalisierungsdebatte über die Geschlechterfrage und ökologische Themen bis hin zu neuen Wohnformen und alternativer Ökonomie, die in den Leitideen der Authentizität und des Gemeinschaftsstrebens eine verbindende Klammer zusammenhielt. Heute gibt es vor allem auf einzelne Kampagnenziele zugeschnittene One-Issue-Bewegungen, zum Beispiel zum Verbot des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat oder zur Verhinderung des Handelsabkommens TTIP, die im öffentlichen Raum Widerhall finden.
- Schließlich erleben wir den Aufstieg von politischer Gruppen und Bewegungen, die aus dem Gefühl der Bedrohung ihrer Lebenswelten durch die Moderne zu fundamentalistischen oder populistischen Strömungen zusammenfinden und zum Teil wichtige Errungenschaften der Demokratie wie Me-

dienvielfalt, Offenheit und Transparenz infrage stellen. Diese Bewegungen (Reckwitz 2017: 394 ff.) können sich dabei sehr unterschiedlichen Referenzen bedienen: Ihre Gedankenwelt ist, bei allen gegebenen Unterschieden, in ethnisch homogenen Gemeinschaften, religiösem Fundamentalismus, regionalistischer oder traditionalistischer Identität verankert. Alle eint ein essentialistisches Kulturverständnis, und meist stehen sie dem »herrschenden Staatsapparat« unversöhnlich gegenüber.

Das ist, wie Andreas Reckwitz feststellt, eine bedenkliche politische Krise des Allgemeinen. Er begründet diesen Befund mit einem massiven Verlust verbindender Regeln und Vorstellungen, der Gemeinsamkeit von Lebensstilen, der Gleichförmigkeit von Produkten und der Gleichartigkeit von Arbeitswelten. Bis in das Ende des letzten Jahrhunderts hat diese Konformität den alten Industriekapitalismus ausgezeichnet.

Seit einigen Jahrzehnten erleben wir den Aufstieg der Singularitäten in einer spätbürgerlichen Epoche, weil sich drei große Trends gegenseitig verstärken:

- Zum ersten der Wunsch der neuen Mittelschichten, sich jeweils durch besondere Eigenschaften, Fähigkeiten oder Erlebnisse von anderen abzuheben und selbst zu verwirklichen. Authentizität, schon ein »Markenkern« der neuen sozialen Bewegungen, wird zum entpolitisierten Ziel der Persönlichkeit. Das einzigartige Konzert, zu dem man nach London jettet, die besondere Reise in abgelegene Gegenden, das raffinierte Essen mit ausgesuchtesten Weinen aus der teuren Hobbyküche oder im exklusiven Restaurant, aber auch der Ehrgeiz, besondere Bildungswege für die eigenen Kinder zu fördern mit Auslandsaufenthalten, Eliteschulen und -universitäten etc.
- Die Sehnsucht nach Besonderheit wird zum zweiten durch eine Arbeitswelt vertieft, die sich von vorgeprägten Berufsbildern und Qualifikationen abwendet und auf die je besondere Kreativität und Mobilisierung des Einzelnen setzt. Auch die Märkte unterstützen dieses Streben nach einzigartiger Kreativität, indem sie sich immer mehr zu kulturellen Märkten entwickeln, in denen die Gewinner den ganzen Profit einstreichen.
- Schließlich führt ein digitales Regime durch Tracking und immer raffiniertere Algorithmen zu einer Individualisierung der User und ihrer vermeintlichen Bedürfnisse. Durch Castingshows werden ständig neue Stars aufs Podest gehoben, um sie dann auch wieder schnell in der Masse verschwinden zu lassen. Diese technische und mediale Individualisierung wird durch die User verstärkt, die bereitwillig ihre besonderen Profile anlegen und persönlichen Daten preisgeben.

Diese Singularisierung setzt sich in der Gemeinschaftsbildung fort. Es entstehen »Neogemeinschaften«, die sich um bestimmte Interessen scharen. Ein Verein der Oldtimerfans, der Exklusivreisenden, der Zigarrenraucher. Und sie setzt sich weiter im Raum der politischen Öffentlichkeit fort durch den Aufstieg der Identitätspolitik und One-Issue-Bewegungen, die zum Beispiel das je besondere Anliegen benachteiligter Gruppen vertreten, einzelne Pflanzen- und Tierarten schützen wollen usw.

Was auf der Strecke bleibt, ist die Suche nach dem Gemeinsamen im Unterschiedlichen. Man bleibt unter sich und verstärkt in voneinander getrennten Resonanzräumen das eigene Anliegen. Man ist in seiner Filterblase gefangen.

Diese Fliehkräfte entziehen der Politik, die sich um den Ausgleich von Interessen, die Suche nach Kompromissen und um die Anwendung politischer Urteilskraft (Arendt 1983) mit ihren Perspektivwechseln und diskursiven Abwägungen bemühen muss, ihre Legitimationsgrundlage. Alle sind extrem unzufrieden mit Parlament, Regierung, Verwaltung usw. Aber alle aus sehr unterschiedlichen Motiven, so dass ein großes Bündnis der Enttäuschten entsteht. Alle erwarten etwas anderes von der Politik, in ihrer gemeinsamen Ablehnung sind sie sich dann doch wieder alle einig.

Es soll damit nicht gesagt sein, dass nicht auch One-Issue-Bewegungen wichtige politische Ziele verfolgen, etwa soziale oder kulturelle Benachteiligungen zu kritisieren. Aber es besteht die Gefahr, dass monothematische Gruppierungen in einer Gesellschaft der Singularitäten in isolierten Resonanzorten gefangen bleiben und weitere gesellschaftliche Zielgruppen gar nicht mehr erreichen. Das wäre dann der Verlust der Öffentlichkeit als Lern- und Erfahrungsort.

Lebendige Demokratie

Was kann man im Sinne der Demokratieförderung tun, um diesen bedenklichen Entwicklungen entgegenzutreten? Man muss, einfach gesagt, Formen der Vernetzung schaffen, des Austragens der Unterschiede, und zwar auf allen Ebenen, vom Stadtteil bis zur »großen« Politik. Formen direkter Demokratie können sinnvoll sein, aber wenn sie allein, ohne deliberativen Filter, angewandt werden, können sie aus unreflektierten Traditionsbeständen der Lebenswelt unmittelbar zu politisch fragwürdigen Entscheidungen führen. Abstimmungen wie der Brexit oder das katalonische Unabhängigkeitsreferendum haben dies in letzter Zeit schmerzlich aufgezeigt.

Lebendige Demokratie hat es, um nochmals Dewey zu zitieren, mit einem stark verzweigten Kanalsystem zu tun. Schleusen und Kammern, Durchlässe und Sammelbecken müssen aufeinander abgestimmt sein, um eine gute Strömungsgeschwindigkeit an Einflüssen, Entscheidungen, Informationen und Diskursen zu ermöglichen. Aus den Vor-Urteilen der Lebenswelt müssen – durch politische Urteilskraft, Perspektivübernahmen und wechselseitige Kritik – Anstrengungen zu gemeinsamen Lösungen hervorgehen, muss also das entstehen, was Hannah Arendt »sensus communis« (Arendt 1983) nennt. Die molekulare Ebene der Alltagsdemokratie sollte mit den repräsentativen Arenen, in denen die großen Entscheidungen auf der molaren Ebene getroffen werden, in einer positiven, synergetischen »Konexion« (Deleuze/Guattari 1992) stehen: Im Verhältnis konstruktiver Kritik, sogar der Störung, die zu neuen Lösungen führen kann. Aber auch im Sinne der gemeinsamen konstruktiven Formulierung von Zielen im Diskursraum politischer Öffentlichkeit, getragen von gegenseitigem Respekt vor den jeweiligen Rollen der Beeinflussung und Entscheidung, von hoher Beteiligungsbereitschaft und vielfältigen Beteiligungschancen sowie einer gemeinsamen Haltung des demokratischen »Patriotismus«, wie ihn Charles Taylor versteht.

Das scheint zunehmend schwierig zu sein. Die offensichtliche Entfremdung der molaren und molekularen Ebene führt zu einem unverbundenen Nebeneinander der »Konjugation« (Deleuze/Guattari 1992), einer wechselseitigen Enttäuschung über abgehobene Politik und eine apathisch gewordenen Bürgerschaft, die sich wie in einem Circulus Vitosus gegenseitig hochschaukelt. Der amerikanische Philosoph Michael Sandel sieht daher die Moderne an einem Scheidepunkt angelangt, an dem folgende Fragen

grundsätzlich zu stellen sind: »Ist Selbstverwaltung unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft möglich? Welche Formen von Solidarität und Gemeinschaft können demokratische Gesellschaften in einem durch vielfältige Identitäten und komplexe Persönlichkeiten geprägten pluralistischen Zeitalter überhaupt noch wecken?« (Sandel 2015: 15)

Diese Fragen zielen in die zwei Richtungen: des Molekularen, d.h. der Gestaltung der Gemeinschaftsbildung zwischen den zunehmend singularisierten Individuen; und des Molaren, d.h. der Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer demokratischen Steuerung in einer immer globaleren Welt. Sie untersuchen, ob der Bogen vielleicht überspannt ist. Und diese Fragen stellen sich in verschiedenen Handlungsarenen, deren Checks und Balances durcheinandergeraten sind: In den Parlamenten und den Regierungen der föderalen Ordnung und auf Europäischer Ebene. In den Büros der Lobbyisten, den Redaktionen der so vielfältig gewordenen Medien, aber auch in den Graswurzelinitiativen im lokalen Raum. Was uns hier vor allem interessiert, ist diese letztgenannte Handlungsebene und ihre besonderen Herausforderungen: die Verknüpfung von Alltagssolidarität und demokratischer Partizipation, der Selbstorganisation der Lebenswelt und dem Diskurs der Öffentlichkeit, der Verbindung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und politischer Beteiligung. (siehe hierzu das Kapitel über das Verhältnis von Bürgerschaftlichem zu politischem Engagement im Zweiten Engagementbericht. Deutscher Bundestag 2017: 259-272).

Wir können zwar so tun, als seien diese zwei Seiten mit dem Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements ganz selbstverständlich verschmolzen. Aber die Verhältnisse sind nicht so einfach. Bürgerschaftliches Engagement kann einfach in der Lebenswelt verharren. Vielleicht besteht gar nicht der Ehrgeiz, sich im öffentlichen Raum zu artikulieren? Vielleicht meint man, darauf verzichten zu können? Das ist ja auch nachvollziehbar, wenn es sich nicht um Ansprüche handelt, die von anderen bestritten werden oder man selbst gar nach nicht nach politischer Resonanz für das eigene Anliegen sucht.

Bürgerschaftliches Engagement kann sich aber auch in antidemokratischen Initiativen sammeln. Wer sich in der Lebenswelt einer ethnisch geschlossenen Gemeinschaft einigeln will, kann sich auch für dieses Ziel öffentlich einsetzen. Er wird sie vor einem als bedrohlich empfundenen Außen schützen wollen und dafür beträchtliche Energie aufwenden. Daher brauchen wir im Sinne der Stärkung der Demokratie inklusive, integrative und am Gemeinwohl orientierte Gemeinschaften, die offen sind für verschiedene soziale Gruppen und es immer wieder verstehen, in den Bereich der politischen Öffentlichkeit vorzudringen, um dort Aufmerksamkeit zu erzeugen und Einfluss zu nehmen.

Wir brauchen also, wie Harald Welzer zurecht betont, eine massive Verschiebung der Aufmerksamkeit zugunsten der Förderung der Demokratie in unserem Land, und zwar von der Basis beginnend (Welzer 2018: 3).

Es geht nicht nur um die öffentliche Artikulation der Interessen, sondern auch um die (Wieder-)aneignung einer verantwortlichen Haltung zur Gemeinschaft. Daher müssen diese Orte einerseits auf ihre jeweils besonderen lebensweltlichen Voraussetzungen bezogen sein, andererseits an Politik anschlussfähig werden. Sie müssen als Scharnier beides leisten: Sie sind einerseits Reallabore für Gemeinschaftsbildung, andererseits öffentlicher Raum der Interessenartikulation. Sie müssen für ver-

schiedene Gruppen offen sein, die die unterschiedlichsten Themen bearbeiten und dürfen sich nicht zu One-Issue-Bewegungen verkürzen: Sie müssen multithematisch und divers sein.

Natürlich haben derartige Orte eine lange Tradition, aber diese ist schwach ausgeprägt und fällt nach kurzen historischen Höhenflügen oft wieder in sich zusammen. Hannah Arendt hat ihnen in ihrer Demokratietheorie eine prominente Rolle gegeben: Als Räte in der frühen Russischen Revolution und im Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg; in den Sektionen der Pariser Kommune von 1871. In den Runden Tischen der friedlichen Revolution von 1989. Und in der frühen Phase der amerikanischen Revolution. Denn es war Thomas Paines enger Freund Thomas Jefferson, der ihre wichtige Funktion als erster erkannte (Arendt 1963: 320 ff.).

Jefferson nannte sie »townships« oder »councils« oder »wards«. Mit den Townships sollten gleichsam »Elementarrepubliken« entstehen, in denen die »Stimme des ganzen Volkes gleichermaßen friedlich und voll zu Gehör und zur Diskussion kommt, damit dann mit gemeinschaftlicher Vernunft entschieden werden kann« (Jefferson, zit. nach Arendt 1963: 321). Jefferson zieht mit diesem Vorschlag schon Bilanz aus einer stürmischen republikanischen Entwicklung. Townships sind ihm eine Art Rettungsanker gegen eine vor sich gehende Machtkorruption der Eliten, ein Versuch der Revitalisierung des Demokratischen durch die Rückkehr zu ihren lokalen Ursprüngen.

Hannah Arendt hat diese Townships oder Räte zur organisatorischen Basis ihrer Demokratie erklärt, die dann das Gerüst der weiteren Ebenen, der Bezirke, Länder, des Bundes usw. tragen sollen. Habermas sieht darin eine Überforderung (Habermas 1992: 446 f.). In der Tat ist diese so faszinierende Idee Arendts nur in kurzen revolutionären Anfangszeiten zu wirklicher Blüte gekommen. Habermas Konzept der deliberativen Demokratie räumt diesen Basisinitiativen eine wichtige Impulsgeberfunktion zu. In lokalen Räten und Runden Tischen, Vernetzungsplattformen können Innovationen entstehen. Sie müssen ihre Selbstbegrenzung akzeptieren, Einfluss zu nehmen, aber keine Entscheidungen treffen zu können.

Demokratische Alltagskultur

Das gemeinschaftliche Bauprojekt Spiegelfabrik (weitere Informationen unter www.spiegelfabrik-fuerth.de) steht nach einem drei Jahre währenden Vorlauf der Diskussionen und Planungen kurz davor, auf einem innenstadtnahen Grundstück sechzig Wohnungen mit größeren Gemeinschaftsräumen zu errichten. Derartige Wohnprojekte sind nichts Neues, vor allem in Großstädten wie Hamburg, Berlin und München oder Universitätsstädten wie Freiburg und Tübingen gibt es davon einige, aber die Größenordnung ist nicht nur für die 130.000-Einwohner-Stadt Fürth außergewöhnlich. Das macht das Projekt zu einer teils kniffligen kommunalpolitischen Angelegenheit. Man kann sagen: Das Bauvorhaben ist zum Stadtgespräch geworden. Der Fürther Stadtrat hatte sich schon mehrmals damit befasst und der Baugruppe einhellig, über alle Parteigrenzen hinweg, den Rücken gestärkt. Die Stadtregierung unterstützt das Projekt mit allen Kräften.

Das kommt nicht von ungefähr, denn beim Errichten von Wohnungen geht es nicht nur um das »Ob«, sondern auch um das »Wie«. Viele teure und oft nicht besonders ansprechende Wohnungen wurden in den letzten Jahren von profitablen Bauträgern erstellt. Soziale, kulturelle und ästhetische Belange blie-

ben dabei auf der Strecke. Das ist der eigentliche Verknüpfungspunkt zwischen öffentlicher Arena und dem lebensweltlich verankerten Wunsch, anders zu wohnen. Denn die Kritik an dieser Art des Bauens ist unüberhörbar geworden.

Wohnraum zu schaffen ist in fast allen größeren deutschen Städten ein Problem. Die kleine Großstadt Fürth hat allein in den letzten fünf Jahren zehn Prozent Einwohner/innen hinzugewonnen, die innerstädtische Bebauung von Brachen ist fast abgeschlossen. Wenn weiterer Wohnraum geschaffen werden kann, dann nur durch Nachverdichtung. Dazu müsste aber das Bayerische Baugesetzbuch oder die Bausatzung der Stadt Fürth geändert werden, um die Abstandsflächen zu verringern. Fürth würde, wie die Nachbarstädte Erlangen und Nürnberg, die ihre Satzungen schon geändert haben, weiter in die Höhe bauen können, was regelmäßig Nachbarn auf den Plan ruft. Oder man müsste neue Baugebiete am Stadtrand ausweisen, was angesichts eines akut drohenden Volksentscheids zur Reduktion des Flächenverbrauches in Bayern unter massivem Vorbehalt steht.

Die Renaissance der Städte hat ihren Preis. Die moderne europäische Stadt (Siebel 2004; Hofmann-Axthelm 1993; Giesecke et. al. 2016: 342–427) zeichnete sich immer durch ihre soziale Kraft der Integration aus. Sie konnte das leisten, weil sie ein belastbares Gleichgewicht von Offenheit für Zuwanderung und Stadtgemeinschaft über Jahrhunderte herstellen konnte. Urbanität verband die Freiheit des Einzelnen («Stadtluft macht frei») mit vielfältigen Chancen der Gemeinschaftsbildung und organischen Kooperationsmöglichkeiten, die das geschlossene Dorfmilieu nicht bieten konnte.

Gemeinschaftliche Wohnformen versuchen, die integrative Kraft der Europäischen Stadt wiederzubeleben. Und das Bedürfnis scheint enorm. Ohne eigens zu werben, hatte das Bauprojekt Spiegelfabrik in kurzer Zeit über tausend Menschen in Veranstaltungen über das Vorhaben informiert. Schon lange vor Baubeginn sind 90 Prozent aller Wohnungen vergeben. Bauen soll sich nicht in »Ton-Steine-Erden« erschöpfen, sondern eine zugewandte Nachbarschaft ermöglichen. Viele Menschen sehnen sich danach, weil sie mit ihrer derzeitigen Wohnsituation oder Lebensperspektive unzufrieden sind. Wohnen umfasst weitere politische Fragen: Den demografischen Wandel. Wie wird sich das Alter oder das Zusammensein der Generationen gestalten? Der Kinderwunsch entscheidet sich vielleicht am unbezahlbaren Wohnraum. Wieviel Vertrauen können wir in unsere Nachbarschaft setzen? Können wir uns in Notsituationen auf sie verlassen. Oder: Wie soll Mobilität in der Stadt organisiert werden, wenn der Individualverkehr an seine Grenzen stößt? Immer wieder entstehen aus lebensweltlichen Bedürfnissen öffentlich politische Diskurse.

Durch bürgerschaftliches Engagement und den Verzicht auf Profite gelingt es Baugruppen in der Regel, billiger als kommerzielle Firmen zu bauen. Und die Zufriedenheit steigt in dem Maße, wie man nicht nur die eigene Wohnung, sondern das unmittelbare Umfeld mitgestalten kann. Sozialpolitische Herausforderungen wie Inklusion, Integration, soziale und kulturelle Mischung stehen für eine neue Stadtutopie und gegen Tendenzen der Segregation und Gentrifizierung.

Diese Ziele stehen in vielen Absichtserklärungen gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Umgesetzt werden sie meist nur, wenn man sie zu harten Kriterien macht und es nicht nur bei schönen Träumen belässt. Auch Wohnprojekte stehen in der Gefahr, zu Neogemeinschaften der modernen Mittelschichten

(Reckwitz 2017: 384 ff.) zu werden, die eine besonders ausgeklügelte Wohnform suchen. Wie hat die Baugemeinschaft Spiegelfabrik ihre Wünsche umgesetzt?

Zunächst lässt die Größenordnung des Projekts eine Generationenmischung zu. Kleine Wohngemeinschaften mit zehn oder zwanzig Parteien können den Anspruch der Generationenmischung selten einlösen. Ein Drittel der Wohnungen wurde für junge Familien reserviert, ein Drittel für die Gruppe Über-55-Jahren. Das restliche Drittel dazwischen sind Familien mit schulpflichtigen Kindern. Die Älteren fühlen sich, angesichts der Sorgen ums eigene Altwerden stärker angesprochen, und sie haben oft die notwendigen Mittel und mehr Zeit sich zu engagieren. Junge Familien kommen meist erst zum Schluss, wenn vieles schon vorbereitet ist. Den Generationenmix offenzuhalten, muss eine Baugruppe durchhalten. Es erhöht das finanzielle Risiko.

Die Baugruppe hat neben der Eigentümergemeinschaft als GbR eine Genossenschaft gegründet, die bezahlbaren und sozial geförderten Wohnraum schafft. Die Kleingenossenschaft mit etwa ein Drittel der Wohnungen wäre durch die Vermietung alleine nicht lebensfähig. Deshalb sind alle Eigentümer in die Genossenschaft eingetreten und übernehmen nicht verzinsten Solidaranteile über 250.000 Euro, damit beispielsweise vier Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge errichtet werden können. Die Genossenschaft übernimmt die Hausverwaltung für das ganze Anwesen und schafft sich damit eine zusätzliche Einnahmequelle.

Derartige Hybride von Genossenschaft und Eigentümern sind sehr ungewöhnlich. Sie ecken an vorhandene Vorschriften an. Zunächst forderte die Landesbehörde, die über die Zuschüsse für geförderten Wohnraum entscheidet, einen architektonisch getrennten Eigentümer- und Mieterblock. Das hat die Baugemeinschaft abgelehnt und sich für eine Durchmischung von Miet- und Eigentumswohnungen entschieden. Ja, sie hat sogar die besten Lagen der Genossenschaft zugeschlagen, um sie aus einer möglichen Spekulation der Privateigentümer herauszuhalten. Nach langer Überzeugungsarbeit waren die Behörden von dem ungewöhnlichen Mischmodell so überzeugt, dass die Baugruppe es auf dem Jahreskongress der Obersten Bayerischen Baubehörden als gelungenes Beispiel vorstellen durfte.

Ein weiterer politischer Streitpunkt betraf die Mobilität. Die Baugruppe wünschte sich reduzierte Autostellplätze in Abweichung von der geltenden Stellplatzsatzung in Verbindung mit einem Carsharingkonzept. Zudem sollen zweihundert Stellplätze für Fahrräder entstehen. Nachbarn wandten sich sofort besorgt an die Stadt, weil sie um das Parkplatzangebot fürchteten. Auch hier löste die Baugruppe kommunalpolitische Diskussionen aus, denn der städtische Parkraum ist so überlastet, dass es letztlich mit einem Weiter-So nicht mehr getan ist. Neue Wege müssen eingeschlagen werden. Etwa ein Drittel der künftigen Bewohnerschaft der Spiegelfabrik hat heute schon kein Auto, ein weiteres Drittel wäre bereit, das Auto mit anderen zu teilen. Das soll nun, gedeckt durch eine politische Experimentierklausel, erstmals in Fürth ausprobiert und evaluiert werden.

Eine andere politische Initiative der Baugruppe richtet sich auf die soziale Öffnung des Wohnprojektes zum Stadtteil. Neben den Flüchtlingswohnungen wird die Lebenshilfe eine Wohngruppe für vier Menschen mit geistiger Behinderung beziehen. Sie erwartet sich von diesem Modell wichtige Erkenntnisse für weitere Wohngemeinschaften, die sie in »normalen« Wohnanlagen einrichten will. Ein Handbuch für

inklusives Wohnen soll entstehen. So wird die Wohngemeinschaft zum Testfall sozialpolitisch gewünschter Inklusion.

Gemeinsam mit der Lebenshilfe wird die Baugruppe, die neben der Genossenschaft auch einen gemeinnützigen Trägerverein gegründet hat, ein Nachbarschaftsbüro im Erdgeschoss der Anlage betreiben, um sich zum Quartier hin zu öffnen. Dazu werden Lebenshilfe und die Stadt Fürth je eine halbe Personalstelle beisteuern, die Baugemeinschaft will sich durch ehrenamtliche Initiative einbringen. Die Stadt wird die Räume des Quartiersbüros kaufen. Die Gemeinschaft will ihre Gemeinschaftsflächen, zu denen eine Werkstatt, ein Kunstraum und ein Saal auf dem Gelände gehören, für den Stadtteil teilweise öffnen.

Auch hier entsteht wieder kommunalpolitischer Diskussionsbedarf, denn mit diesem und drei weiteren Quartiersbüros wird ein wichtiger Teil der Fürther Sozialpolitik nun sozialräumlich ausgerichtet. Das ist in Fürth ein Novum.

Es gibt viele weitere Ideen des Bauprojekts, die in die Stadtgesellschaft hineinreichen. Ein Beispiel ist die Bepflanzung eines Beetes als Beitrag zur »Essbaren Stadt« unmittelbar vor dem Quartiersbüro. Hier können sich Vorübergehende, gleichsam durch legalen Mundraub, bedienen. Ein anderes Beispiel ist ein gemeinsamer Urban-Gardening-Bereich.

Diese Haltung zum gemeinschaftlichen Teilen setzt sich innerhalb der Baugemeinschaft fort. Sie hat sich mit einem gewissen Augenzwinkern eine Gemeinschaft der »Commonauten« genannt. Commons, also Güter gemeinsam zu besitzen und zu nutzen, ist ihr ein großes Anliegen, aber es gilt dabei, die individuellen Grenzen auszuloten. Immer wieder branden Diskussionen auf: Will man beispielsweise eine gemeinschaftliche Waschküche oder doch lieber eine Waschmaschine in den eigenen vier Wänden? Soll es einen gemeinsam genutzten Gerätepool geben, der auch vom umliegenden Stadtteil genutzt werden kann? Welche öffentlichen Flächen sollen gemeinsam bewirtschaftet werden? Commonauten machen das Gemeinsame nicht zur ideologischen Vorgabe, sondern zu einem Forschungsprozess im Reallabor. Wieviel Gemeinschaft wollen alle, vertragen alle? Wo lehnt man Gemeinschaft als Zumutung und Bevormundung ab? All dies muss auch wieder gelernt werden, denn viele haben sich an singularisierte Lebensstile gewöhnt, die zwar unbehaglich, aber – wie es Gewohnheiten an sich haben – auch nicht einfach abzulegen sind. Commonauten wollen das Gelände zwischen Gemeinschaft und Individualität beherzt und ohne Scheuklappen erkunden. So wie die Argonauten der griechischen Sage fahren sie ins Unbekannte und müssen gemeinsam nach Orientierung suchen.

Die Frage der Balancierung von Gemeinschaft und Individualität muss sich natürlich in der Architektur widerspiegeln. Es gibt viele öffentliche, halböffentliche und private Bereiche mit unterschiedlichen Aufenthaltsqualitäten und Funktionen: Sonnig und schattig, leise und laut, Räume für Versammlung, das gemeinschaftliche Kochen, für Kunst und Handwerk. All dies will die Baugruppe nicht exklusiv nutzen, sondern auch mit dem Stadtteil teilen. Und es hat den Effekt, dass man die benötigte Fläche im eigenen Privatraum verkleinern kann, etwa durch eine gemeinsame Gästewohnung. Das macht Wohnen billiger.

Auch hier entstehen wieder Gruppendiskurse, wieweit diese Öffnung gehen soll, ohne die eigenen Anliegen privaten Wohnkomforts einzubüßen. Und es löst einen über die Baugruppe hinausreichenden

politischen Diskurs in der Stadtgesellschaft aus. Die sozialpolitisch Verantwortlichen begrüßen diese Öffnung der Gemeinschaftsräume, da sie die Möglichkeiten für Aktivitäten des Quartiersbüros erweitern. Die Bauverwaltung ist besorgt, weil schon Bürger/innen angerufen haben, die mehr Lärmimmissionen und Verkehr fürchten.

Die Architektur kann hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden, daher nur ein weiteres Schlaglicht: Die Erschließung des barrierefreien Baukörpers erfolgt über Laubengänge. Sie hatten nach vielen überzeugenden Realisierungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen massiven Bedeutungsverlust als sozialer Treffpunkt erlitten, als sich in der Architektur seit den 1970er Jahren neben dem Wohnungseingang nur noch die Schießscharten der Klofenster zum Laubengang hin öffneten. Das Bauprojekt Spiegelfabrik legt hingegen die Küchen und Wohnzimmer hin zu den Laubengängen und versucht damit an ihre Ursprungsidee des Begegnungsraums anzuknüpfen. Die Galerien sind fast drei Meter breit, so dass man sie gleichermaßen als Aufenthaltsort für das Abendessen und Durchgangsort zur eigenen Wohnung nutzen kann. So werden en passant zufällige Begegnungen durch Architektur geschaffen.

Neue Wege der Stadtentwicklung

Wie lässt sich ein derart komplexes Vorhaben demokratisch steuern? Immerhin ist es ein Unternehmen, das für 17,5 Mio. Euro gemeinsam baut. Neben bürgerschaftlichem Engagement setzen alle Beteiligten mehr als ihr Erspartes ein und verschulden sich. Das Projekt ist ein nicht unbedeutendes Sozialunternehmen. Neben der Spannung zwischen Gemeinschaft und Individualität tritt die zusätzliche Spannung zwischen unternehmerischem Handeln und demokratischen Abstimmungsprozessen. Am Bau muss vieles schnell entschieden werden, sonst drohen teure Verzugszinsen. Demokratie braucht hingegen Zeit. Dies kann nur mit einer gut durchdachten organisatorischen Aufstellung gelingen, die es den Mitarbeitenden erlaubt, ihre jeweiligen Talente einzubringen.

Immerhin sind am Wohnprojekt über hundert Menschen beteiligt. Es gibt eine Vollversammlung, die Entscheidungen trifft. Die Vorbereitungen dazu laufen in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Finanzen, Bau- und Grünplanung, rechtlichen Fragen, Organisationen und Gemeinschaftskonzept. Die Arbeitsgruppen können je nach Gegenstand gemeinsame Arbeitskreise bilden. Zum Beispiel treffen sich zur Planung der Gemeinschaftsräume Mitglieder der AG Konzept und der AG Bau.

Neu hinzugekommene Interessent/innen sollen nach einer allgemeinen Einführung in einigen Gruppen mitarbeiten, um sich gegenseitig kennenzulernen. Sie erhalten eine Patin oder einen Paten aus der Baugruppe als erste Ansprechperson für Rückfragen. Erst nach einer etwa drei Monaten währenden Phase können sie einen Antrag auf Aufnahme in die Baugruppe stellen.

Die GbR hat eine Geschäftsführung, die sich an die Voten der Gemeinschaft hält, aber bei schnell zu treffenden Entscheidungen auch ohne Mandat handlungsfähig ist, um etwa größere Bauverzögerungen zu verhindern.

Die GbR hat ein großes gemeinsames Intranet mit Diskussionsplattformen zu unterschiedlichen Themen wie der Art der Bodenbeläge oder der Fliesengröße und -farbe.

In derartig großen Gruppen zum Konsens zu kommen, ist oft langwierig. Eine gute Streitkultur ist Voraussetzung. Wichtige Entscheidungen werden durch Stimmungsbilder vorbereitet, die Präferenzen sichtbar und diskutierbar machen. Ist aber dann eine Entscheidung gefallen, lässt sie sich nur schwer revidieren, denn die Baugruppe muss für ihre Kooperationspartner verlässlich und berechenbar sein. Über die Jahre waren die Entscheidungen fast alle einstimmig gefällt worden. Vor allem ist dies der Professionalität der ehrenamtlichen Gruppe zu verdanken. Die Moderator/innen der Vollversammlungen sind auch im Beruf dazu ausgebildet. Es gibt Controller, Rechtsanwälte, Journalistinnen in der PR-Arbeit des Bauprojektes und Projektmanagerinnen, die das auch gelernt haben. Jede Sitzung wird akribisch vorbereitet, die Protokollierung verläuft während der Sitzung sichtbar per Beamerprojektion. Das klingt alles auf Effizienz getrimmt und muss es auch sein, denn alle sind sich bewusst, dass sie ein Unternehmen führen. Zum anderen gibt es Stammtische, Brunches, gemeinsame Wanderungen und Grillabende, bei denen man sich näher kennenlernen kann.

Das alles bedeutet Aufwand. Zwei Grundhaltungen hat sich die Baugruppe dabei gegeben:

- Keine Zwangsbeglückung: Wie bei Schopenhauers Parabel von den Stachelschweinen, die, je mehr Nähe sie suchen, um sich zu wärmen, desto stärker die Stacheln der anderen spüren, um wieder voneinander abzurücken, muss jede beteiligte Person für sich prüfen, welches Maß an Nähe oder Distanz angemessen ist.
- »Weinberg des Herrn«: Wie im biblischen Gleichnis können alle dieselben Früchte ernten, egal ob sie kürzer oder länger bei der Baugruppe mitarbeiten, dies eher sporadisch oder mit vollem Einsatz tun. Es gibt keine Verbindlichkeiten, insofern das Engagement immer als Geschenk betrachtet wird und nicht als Leistung, die Gegenleistung einfordert. Nichts wird gegenseitig aufgerechnet. Wenn es jemandem zu viel wird, muss man vielleicht bezahlte Dienste in Anspruch nehmen, wenn sich niemand aus der Gruppe für die Aufgabe findet. Das müssen dann aber alle zu gleichen Anteilen bezahlen.

Natürlich erfordern Wohnprojekte einen hohen bürgerschaftlichen Einsatz. Es gibt ungeheuer intensive, ja existenzielle Erfahrungen angesichts der vorhandenen Risiken. Bürgerschaftliches Engagement mit seiner je eigenen Freiheit trifft auf Anforderungen mit hoher Verbindlichkeit. Letztlich geht das nur in Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Dienstleistern wie Banken, Notariaten, Rechtsanwalts- und Steuerkanzleien, Architektur- und Bauplanungsbüros. Das ist nicht jedermanns oder -fraus Sache, weswegen viele interessierte Menschen wieder aussteigen, weil sie sehen, welche Anstrengung es bedeutet, ihre Träume zu verwirklichen. Derartige Projekte werden sicher kein flächendeckendes Bauvolumen schaffen können, aber sie sind in der Lage, neuartige soziale Kerne in Quartieren zu bilden. Eine Kommune kann diese Gemeinschaftskerne fördern, zum Beispiel durch Konzeptvergaben von Grundstücken, Experimentierklauseln und die politische Bereitschaft, neue Wege der Stadtentwicklung zu beschreiten: Dann entsteht im besten Fall ein Scharnier zwischen lebensweltlicher Gemeinschaft und politische Öffentlichkeit.

Natürlich ist die Spiegelfabrik in Fürth ein Einzelbeispiel. Aber es gibt inzwischen viele neue Projekte der Stadtentwicklung, nicht nur im Wohnbau, sondern auch bei der nachhaltigen Vermeidung von Abfall durch Repaircafés und Foodsaving-Initiativen, der Eroberung von Brachflächen durch Gemeinschafts-

gärten und vieles mehr (siehe dazu die anregenden Almanache der Stiftung FuturZwei-Stiftung. Giesecke et. al. 2016). Sie alle sind sehr unterschiedlich. Aber alle eint eine zukunftsfähige Mischung aus zivilgesellschaftlicher Gemeinschaftsbildung, sozialunternehmerischem Pioniergeist und politisch öffentlicher Einmischung. Und sie verbinden diese Anforderungen und die involvierten Menschen durch demokratisch offene Beteiligungsstrukturen.

Alltagsdemokratie

Vor kurzem stand in meiner Heimatzeitung über den Landkreis Nürnberger Land, dass es im letzten Jahr zu einem wahren Aufschwung an demokratischer Beteiligung gekommen sei. Mehrere Bürgerinitiativen gegen Stromtrassen wurden gegründet, lokal entstanden Proteste gegen geplante Umgehungsstraßen, ein viel beachteter Bürgerentscheid zum Bau eines Altenheimes wurde abgehalten. Auch der ZiviZ-Survey belegt einen allgemeinen Trend der Neugründung von Vereinen und Gruppierungen, die sich der Propagierung politischer One-Issue-Ziele widmen (Priemer et. al. 2017: 19 f.).

Das kann tatsächlich Demokratie beleben. Es kann aber bedenklich werden, wenn es im Sinne deliberativer Demokratie nicht gelingt, für diese einzelnen Forderungen entsprechende Foren auf allen Ebenen – vom Stadtteil oder Dorf bis nach Berlin oder Brüssel – zu etablieren, in denen diese Ansprüche vertreten, bestritten, verhandelt werden können und um Kompromisse gerungen wird. One-Issue Forderungen können die von Reckwitz beschriebene Tendenz der Singularisierung und Entsolidarisierung noch verstärken.

Wir brauchen nicht nur Agoren, auf denen Meinungen und Interessen aufeinander prallen und wieder verflüssigt werden können, sondern neue (Versuchs-)Räume für Gemeinschaftsbildung; nicht nur, um fragwürdige politische Entscheidungen zu kritisieren, sondern um konstruktiv an neuen Lösungen für das Gemeinwesen zu arbeiten. Eine Gesellschaft der Singularitäten, die Reckwitz mit einer gewissen Ironie »spätbürgerlich« nennt, muss durch Initiativen durchkreuzt werden, die über Filterblasen und Echokammern hinausgehen. Neue Kerne von Alltagsdemokratie müssen sich bilden, die über den Bereich der privaten Lebenswelt hinausreichen und in die politische Öffentlichkeit vordringen, so wie ich es exemplarisch am Wohnprojekt Spiegelfabrik in Fürth aufzeigen wollte.

Politik muss das fördern, auch wenn es manchmal unbequem sein kann. Aber auf Dauer wächst dadurch ihre Legitimationsgrundlage. Es ist die Kreuzung der sozialen Kreise (Georg Simmel) mit all ihren synergetischen Anstrengungen und Potenzialen, die die Emanzipationsprozesse der Moderne in Gang gesetzt hat. Die Stadt ist hierfür ein privilegierter Ort, aber beileibe nicht der einzige. Die Jahrhunderte währende Tradition der europäischen Stadt, die es verstand, Identität und Begegnung mit dem Fremden zu neuen integrativen Lösungen zu verbinden, kann eine Blaupause sein. Wir brauchen mehr Räume, in denen wir den politischen Fragen, den Chancen und Grenzen von Gemeinschaften nachgehen können: Soziale und kulturelle Werkstätten, Spielräume für neue Lösungen, Lernräume für neue Gedanken, Reallabore für Bürgerschaftliches Engagement.

»Einst wurden Menschen in Gemeinschaften hineingeboren und mussten ihre Individualität finden. Heute werden Menschen als Individuen geboren und müssen ihre Gemeinschaften finden.« (Freiheitsreport der Agentur K-Hole zit. nach Rautenberg 2015: 204). Oder in den Worten eines politischen Klas-

sikers: Eine Vitalisierung der Demokratie zielt auf eine Gesellschaft »in der die Freiheit des Einzelnen Voraussetzung für die Freiheit aller ist.« (Marx/Engels)

Anmerkungen

Dieser Beitrag erschien zuerst im Forschungsjournal Soziale Bewegungen Heft 1/2 2018 »Zukunft der Demokratie«, S. 263-279.

Literatur

- Arendt, Hannah 2011 (urspr. 1983): Das Urteilen. München: Piper
- Arendt, Hannah 2011 (urspr. 1963): Über die Revolution. München: Piper
- Deutscher Bundestag 2017: Bericht der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung (Zweiter Engagementbericht). Bundestagsdrucksache 18/11800 vom 30.3.2017
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Deleuze, Gilles; Guattari, Felix 1992: Tausend Plateaus, Kapitalismus und Schizophrenie. Berlin: Merve
- Dewey, John 1996 (urspr. 1927): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: philo
- Eppler, Erhard 2005: Auslaufmodell Staat? Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Giesecke, Dana; Hebert, Saskia; Welzer, Harald (Hg.) 2017: Futurzwei. Zukunftsalmanach 2017/18. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Stadt. Frankfurt am Main: Fischer
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hoffmann-Axthelm 1993: Die Dritte Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Honneth, Axel 2011: Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander 1972: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Paine, Thomas 2003 (urspr. 1776): Common Sense, in: ders.: Common Sense, Rights of Man and other. Essential Writings of Thomas Paine, New York: signet classics

- Peters, Bernhard 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Priemer, Jana; Krimmer, Holger; Labigne, Anael 2017: ZIVIZ Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: ZIVIZ
- Rautenberg, Hanno 2015: Die Kunst und das gute Leben. Über die Ethik der Ästhetik. Berlin: Suhrkamp
- Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Frankfurt am Main 2017: Suhrkamp
- Reichardt, Sven 2014: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin: Suhrkamp
- Siebel, Walter (Hg.) 2004: Die europäische Stadt. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Taylor, Charles 2002a: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: ders: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, Frankfurt am Main, S. 11-29: Suhrkamp
- Taylor, Charles 2002b: Die Beschwörung der Civil Society, In: ders: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, Frankfurt am Main, S. 64-92: Suhrkamp
- Sandel, Michael 2015: Moral und Politik. Wie wir das Richtige tun. Berlin: Ullstein
- Welzer, Harald: Generation 2018, in: Die Zeit vom 4. Januar 2018, S. 3.
- Willke, Helmut 1995: Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Autor

Dr. Thomas Rübke, ist geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. und Vorsitzender des Sprecher/innenrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Kontakt

E-Mail: roebke@lbe-bayern.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de